

Adieu Modell Deutschland mit der Agenda 2010?

Hubbertz, Hans

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hubbertz, H. (2005). Adieu Modell Deutschland mit der Agenda 2010? *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 28(2), 303-320. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-38527>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Adieu Modell Deutschland mit der Agenda 2010?

Hans Hubbertz

1 Tiefer legen

Wer erfahren möchte, wie intensiv in unserer gegenwärtigen Gesellschaft nach wie vor Vorstellungen von Mobilisierung und Fortschritt miteinander verwoben sind, der führe sich ein Zitat unseres Bundespräsidenten Horst Köhler auf dem Arbeitgeberforum "Wirtschaft und Gesellschaft" in Berlin am 15.03.2005 vor Augen, das den Geist der Agenda 2010 zur Sprache bringt:

„Wir vernachlässigen schon lange das Erfolgsrezept, das der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg Zuversicht und Wohlstand, Stabilität und Ansehen gebracht hat. Es gab Zeiten, da sprach noch niemand von Globalisierung, aber der VW Käfer lief in aller Welt - und lief und lief und lief. Damals galt in der Bundesrepublik eine Ordnung, die Leistung ermutigte und sozialen Fortschritt brachte.“ (Köhler 2005).

Ende 2003 titulierte sich die Agenda 2010 selbst dazu passend mit ganzseitigen Anzeigen unter dem kinetischen Leitmotiv der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 3. Juli 2003: „Deutschland bewegt sich. Agenda 2010“ (Schröder 2003c). Ihre wesentlichen inhaltlichen Punkte sind:

- Die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes,
- Die Senkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau,
- Die weitere Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien,
- Die Senkung des Rentenniveaus,
- Die Privatisierung des Krankengeldes,
- Die schrittweise Aufhebung des Kündigungsschutzes.

Vielfach wurde massiv Kritik an der Agenda 2010 geäußert, die bspw. lautet, die Agenda mit ihrer Politik des Forderns und Förderns sei bspw. ein „Gesellschaftsprojekt, worin Oben und Unten, Opfer und Begünstigte staatlicher Politik neu definiert werden“ (Schuhler 2003, S. 8f.)

Die beschlossenen Arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen werden dagegen mehrfach, wen sollte es wundern, von Regierung und Opposition, dem BDA, BDI, DIHK, ZDH als richtungweisend gefeiert.

Wie wird nun die Agenda 2010 kommuniziert, um auch ihre Kritiker zu überzeugen? Mit welchen Mitteln und Argumenten tritt die Agenda auf?

Die umfangreichen Maßnahmen, die die Agenda 2010 beschreibt, sollen ausschnittsweise unter drei Aspekten betrachtet werden. Der erste Aspekt ist deren kommunikative Einbettung, der zweite deren sozialpolitische, der dritte ökonomische Komponenten. Auf diese drei hat die Politik jeweils unterschiedlichen Einfluss.

Die Annäherung erfolgt hier in zwei Schritten: einem diskursanalytisch ausgerichteten Einstieg, der anhand von Publikationen der Parteien und der Regierung zeigt, wie die

Bereitschaft zur Einwilligung in das Reformvorhaben im Massendiskurs (auch des Wahlkampfes) erzeugt wird. Hier geht es vor allem um die politische Bedeutung des Zusammenhangs von Kontrolle und Konsens. Der zweite Abschnitt dreht sich um ausgewählte Sachargumente, nämlich die Arbeitsmarkt- und die Rentenpolitik, also vor allem Hartz IV, und das Argument der Demographie. Die interessante Debatte zur Gesundheitsreform werde ich aus Zeitgründen nur kurz streifen.

Mit der Agenda 2010 vertritt die Regierungspartei SPD ein Bündel von Modernisierungsmaßnahmen, von denen sie behauptet, sie seien unumgänglich, alternativlos, notwendig. Kurzum: Die Modernisierung kommt, ob wir wollen oder nicht: „Entweder wir modernisieren unsere soziale Marktwirtschaft oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen.“ (Gerhard Schröder, Regierungserklärung vom 14. März 2003)

2 Tuningsätze für das Modell Deutschland

Der Titel der FAZ ordnete die Agenda als „die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949“ (FAZ, 30.6.2004) ein. Dennoch bewegt sich die Agenda historisch betrachtet in der Spur des ersten „Haushaltsstrukturgesetzes“ unter der SPD/FDP-Regierung Helmut Schmidts aus dem Jahr 1974/75. Waren SPD/Grüne und Gewerkschaften in der Rolle der Opposition, beschworen diese mehrfach den ‚Abriss des Sozialstaats‘. Inzwischen muss sich die Regierung bei schwindenden Stammwählerpotentialen mit dem Vorwurf auseinandersetzen, sie betriebe eben genau jenen Abriss selbst.

Bereits im sog. Blair-Schröder-Papier von 1999 wurde die Wende innerhalb der SPD vorformuliert: „In der Vergangenheit haben Sozialdemokraten oft den Eindruck erweckt, Wachstum und eine hohe Beschäftigungsquote ließen sich durch eine erfolgreiche Steuerung der Nachfrage allein erreichen. Moderne Sozialdemokraten erkennen an, dass eine angebotsorientierte Politik eine zentrale und komplementäre Rolle zu spielen hat.“ (Blair/Schröder 1999, S. 18f.)

Diese angebotsorientierte Politik geht aus von dem vielfach zitierten „Trade-off zwischen Gleichheit und Effizienz“ (Okun 1975). Unternehmer hätten, so die Behauptung, weniger Anreiz zu investieren, wenn durch Egalitarismus die produktive Spannung zwischen Gewinnern und Verlierern nivelliert würde. Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende sollen in der angebotsorientierten Wirtschaftstheorie den Impuls zu produktiven Investitionen provozieren. Als erklärtes Ziel der Agenda 2010 gilt mit Göda Esping-Andersen formuliert, durch eine ‚investive‘ Sozialpolitik „die Bürger mit den Voraussetzungen des individuellen Erfolges auszustatten“. (Esping-Andersen 2004, S. 192)

Zukünftig setzt der investive Staat dazu passend auf Tauschgeschäfte mit seinen Bürgern als Leistungserbringer: „Die Form der Beziehung von Bürger und Staat bekommt die Form einer Kooperation. Der Staat kooperiert mit seinen Bürgern, indem er für seinen Investitionsanteil einen Eigenbeitrag der Bürger fordert: entweder in Form von eigenen Zahlungen – wie in der teilprivatisierten Altersversicherung oder im Gesundheitswesen – oder in Form erhöhter Bereitschaft, die Wiedereingliederung in Beschäftigungsverhältnisse aktiv selber mit zu forcieren.“ (Priddat 2002, S. 2)

Im Zuge der mit der Agenda 2010 vollzogenen angebotsorientierten Wende stellen sich übergreifende Fragen: Wird nun mit der Agenda 2010 der tradierte Massenkonsens

aufgegeben, der in Form eines Sozialstaatskompromisses zwischen Kapital und Arbeit mit dem Modell Deutschland verbunden war, das politische Stabilität und sozialen Ausgleich verhiß? Wird dieser Massenkonsens, der das typische Kennzeichen des Produktionsregimes einer korporativen Marktwirtschaft war, nun ausgehöhlt oder gar ersetzt? Und was tritt dann an dessen Stelle? Oder wird einzig das Versorgungslevel für den Krisenfall heruntergefahren – und ansonsten ändert sich im Kern nichts?

Unter den Zentralmotiven „Innovation und Wachstum“ und der Trias „Soziale Gerechtigkeit, Wachstum und Innovation“ wird die Agenda 2010 ausgewiesen als „das umfassende Programm der Bundesregierung zur dauerhaften Sicherung des Sozialstaats, für mehr Arbeit und zur Stärkung des Standorts Deutschland“. (Bundesregierung 2005a)

Was für die Kritiker der Agenda der Bruch ist, präsentieren die Regierungsparteien als Kontinuität, als modernisierte Weiterentwicklung des Modells Deutschland.

3 The Peacemaker

Mit dem Hinweis auf die globalisierte Wirtschaft sei die Agenda 2010 nach Schröder in seiner diesjährigen Regierungserklärung vom 17. März 2005 „ein Instrument, um unter veränderten Bedingungen Sozialstaatlichkeit und damit den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu sichern.“ (Schröder 2005) Schröder verteidigt den Staat als interessenneutralen Friedensstifter gegen seine Feinde: „Wer den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft infrage stellt, wer soziale Kohäsion als überflüssiges Zierwerk in guten Zeiten betrachtet, der stellt eben nicht nur wichtige Errungenschaften von Politik und Gesellschaft in unserem Land infrage, nein, er ist vielmehr dabei, den inneren Frieden zu zerstören. Der innere Frieden ist nicht zuletzt ein ökonomisches Datum, eine Voraussetzung auch dafür, erfolgreich und effizient zu produzieren.“ (Schröder 2005)

Die funktionale Ausrichtung des Staates auf den sozialen Frieden wird somit zur entscheidenden Produktionsbedingung jenseits aller grundsätzlichen Antagonismen erklärt.¹ Dem entsprechend sieht Franz Müntefering schon fast biblisch-paternalistisch die SPD als Regierungspartei in der ‚Heuschreckendebatte‘ als „Schutzmacht der anständigen Arbeitnehmer und Unternehmer“.

Das Wohlstandsversprechen des Modells Deutschland, mit dem Gesellschaft als „einheitliches Totum“ (Brückner/Agnoli 1990 S. 61) überhöht wird, gilt nach wie vor seinem produktiven Kern: den Akteuren im System verwertbarer Lohnarbeit. Der Zugang zur Prosperität führt demnach allein über Arbeit, wie Schröder feststellt: „Oberstes Ziel einer Politik der Gerechtigkeit also ist es, zu verhindern, dass Menschen aus Arbeit und Gesellschaft ausgeschlossen werden“. (Schröder 2003b, S. 6)

Genau auf diesem Pfad bewegte sich 2005 der Wahlkampf in NRW: „Klarer Kurs für Arbeit und Zusammenhalt“ (SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen 2005a).

1 Denn „innere Ordnung“, ‚soziale Gerechtigkeit‘ und der soziale Friede als ‚Fundament des Staates‘ erhalten ihre konkrete Bedeutung erst in der Sicht einer internationalen Expansion: sowohl wirtschaftlich auf dem internationalen Markt [...] wie außenpolitisch.“ (Brückner/Agnoli 1990, S. 63) „Der Staat erscheint als *tatsächlich* übergeordnete, *tatsächlich* dem Hader der Gruppen entthobene Macht, die allen Ernstes und mit großem sittlichen Ernst das Gemeinwohl durch Ausgleich schafft.“ (Brückner/Agnoli 1990, S. 59; Hervorh. i. Orig.)

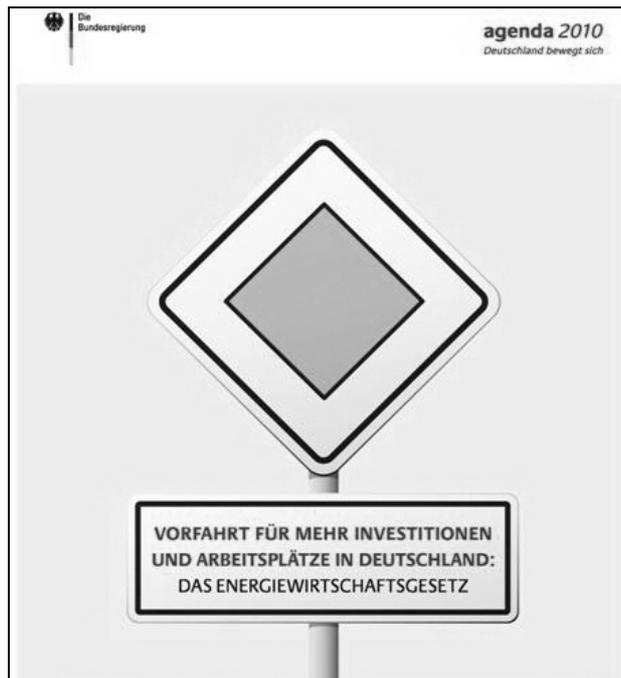
Das Versorgungs-Versprechen und die daran im Massenkonsens gebundenen Hoffnungen auf ökonomische Partizipation durch Arbeit machten bis dato die entscheidenden Komponente des Modell Deutschland aus, auf dessen Leistungsfähigkeit oftmals stolz verwiesen wurde und wird.

So formulierte Gerhard Schröder beispielsweise zum Gesundheitswesen: „Kein Zweifel: Unser heutiges System der gesetzlichen Krankenversicherung mit mehr als 70 Millionen Mitgliedern ist immer noch enorm leistungsfähig. Qualität und Standards im deutschen Gesundheitswesen sind im internationalen Vergleich immer noch vorbildlich. Aber Krisenzeichen auch in diesem System sind unüberschbar.“ (Schröder 2003a, S. 14)

Quasi an seiner ‚Vorbildlichkeit‘ sind das Gesundheitswesen und alle anderen Versorgungsleistungen des Staates nun gescheitert, könnte man polemisch folgern. Gerade nach dem Scheitern will die neue Reformpolitik vermittelt werden, auch gegenüber ihren Kritikern.

4 Die Verkehrszeichen für Stopp und Go

Wie kommuniziert die Agenda 2010 selbst ihre Anliegen? Welche Leitplanken fangen die beschleunigte Fahrt auf?



Die Werbung für die Zustimmung zur Agenda greift mit sog. Kollektivsymbolen (Link 1997) zurück auf ein ganzes Set an kommunikativen Orientierungsmarken, das aus der Ikonographie des Straßenverkehrs stammt, mit dem – man schnalle sich an! - Auto als Zentralsymbol des Wohlstands und des Aufschwungs (s. Grafik auf der vorigen Seite, Bundesregierung 2005b).

So soll plausibilisiert werden, wie der Gesamtzusammenhang der Agenda zu verstehen ist: Das Vorhaben verläuft im doppelten Sinne in staatlich geregelten Bahnen: eingesetzt werden amtliche Zeichen, die allgemein bekannt sind, verständlich und akzeptiert, der Einzelne kann sich in den quasi natürlichen Verkehrsstrom einordnen, um – und das ist eine entscheidende Komponente – seinen ‚individuellen‘ Weg zu fahren. Die gesamte Metaphorik des Fahrens zeigt sich stets anschlussbereit an die viel zitierte „Freie Fahrt für freie Fahrer“. Artikuliert sie den lang ersehnten Ruck, den Anfahrtsruck?, der durch Deutschland zu gehen habe, also eine Mobilisierungsstrategie, die mit dem Claim daherkommt: „Deutschland bewegt sich“ (Schröder 2003c).

Nicht von ungefähr lassen sich Schröder und Stoiber daher gerne bei der Eröffnung des neuen BMW-Werkes in Leipzig im und am Auto abbilden: die Einweihung wird von der SZ mit dem Motto überschrieben, das gewissermaßen postfordistische Hoffnungen mit höchst aufgeladener Auto-Symbolik paart: „Mit Vollgas aus der Krise“ (SZ 14./15.5.2005).

In dem System der Kollektivsymbole werden auch uneinsichtige Abweichler oder „Unvernünftige“ innerhalb des Gesamtbildes negativ semantisch codierbar: Sie brechen mit ihrem Protest die gültigen Verkehrsregeln oder bestreiten gar als Systemgegner die Gültigkeit der herrschenden kommunikativen Verkehrsordnung, die sie mit ihrer Gegnerschaft als möglichen Schutzraum gefährden oder verlassen. Sogar sprichwörtliche „Pannen“ sind in dieser Ordnung unterzubringen. Der entscheidende Effekt der Kollektivsymbolik ist also, ein kommunikatives Koordinatensystem auszugeben, mit dem die Komplexität der staatlichen Reorganisation des Sozialabbaus zu bewältigen ist und dadurch aufkommende Unsicherheiten zu absorbieren sind. Die Behauptung der Alternativlosigkeit wird so visuell aufgeladen verstärkt und in einem medialen Massendiskurs transportabel, da er an bekannte Alltagspraktiken anschließt. Die gleiche Symbolik wird deshalb nicht von ungefähr ebenso von Konkurrenten im Wahlkampf aufgegriffen. Hier das Beispiel der FDP aus NRW ähnlich wie die SPD mit Priorität auf dem Faktor Arbeit: Blau auf Gelb, quasi wie die „Gelben Engel“ im Kampf mit der ökonomischen Pannenstatistik (FDP-Nordrhein-Westfalen 2005):



Die hier präsentierten Beispiele zielen allesamt darauf, mit den Mitteln des politischen Marketings - populationsökologisch formuliert - Kohorteneffekte anzustoßen. Symbolisch-semantisch aktualisierte „Wirklichkeitsmodelle“ (Schmidt 2003, S. 34) greifen dazu auf kollektive Wissensformen zurück, um eigene Präferenzentscheidungen an den Entscheidungen anderer zu orientieren.² Die mit den Selbstverständlichkeiten gegebenen Setzungen legitimieren politisches Handeln, das sich nach eigenem Bekunden auf interessen-neutrale Ziele, wie das Wohl der Nation und die Zukunftssicherung des Standortes ausrichtet.

Was auf den ersten Blick als harmlose Symbolik daherkommt, fungiert in seiner ganzen Banalität subtil wie das *Reale einer Illusion* (Lacan/Zizek). Um nicht zu sagen, wie eine Ideologie, die von ihren Akteuren selbst produziert wird. Diese kommt nicht genuin von außen, sondern ist - mit Slavoj Zizek formuliert, gekoppelt mit einer illusorisch utopischen „Sehnsucht nach einem echten Gemeinschaftsleben“ (Zizek 2001, S. 252), nach einer Überwindung gesellschaftlicher Antagonismen oder in Schröders Worten: nach „sozialer Kohäsion“ und „innerem Frieden“.

Doch wie weit reicht nun der Einfluss der Politik? Kann sie eingreifen ins ökonomische Rad und umsteuern? – oder kann sie nur, oder immerhin um Zustimmung werben?

Begreift man mit Luhmann systemtheoretisch inspiriert die Wirtschaft als selbstreferentiell geschlossenes System, so kann die Politik auf deren Ergebnisse kaum bestimmend Einfluss nehmen (Luhmann 2000, S. 112).

Im Wahlkampf in NRW hat diese Erkenntnis inzwischen sogar auch bei der SPD selbstreflexiv Einzug gehalten, womöglich um beim skeptischen Wähler ein gewisses Maß an Enttäuschungsfestigkeit zu fördern. Peer Steinbrück: „Arbeitsplätze verspreche ich nicht. Aber ich kämpfe jeden Tag für sie“ (SPD Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen 2005b)

Typisch für die Praxis der politischen Rede hält demgegenüber die Agenda 2010 an tradierten Kausalschemata fest, nämlich die Wirtschaft anzukurbeln, den Standort zu sichern, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Schemata fungieren damit als gewichtige Beschwörungsformeln, die in erster Linie der Legitimation der Politik selbst dienen und im Luhmannschen Sinne deren ‚Eigenleistung‘ darstellen. Kontrolle, vorgestellt als direkt regulativ wirksamer Eingriff, der die Wirtschaft und ihre Entscheidungen steuert, gehört Luhmann zufolge nicht in die Reichweite des System der Politik, auch wenn die Wirtschaft von den Entscheidungen der Politik betroffen ist. Dennoch sind derartige Vorstellungen populär und weit verbreitet, wie sich bspw. sehr schön am Material der SPD zu ihrem Programm der Agenda 2010 zeigen lässt.

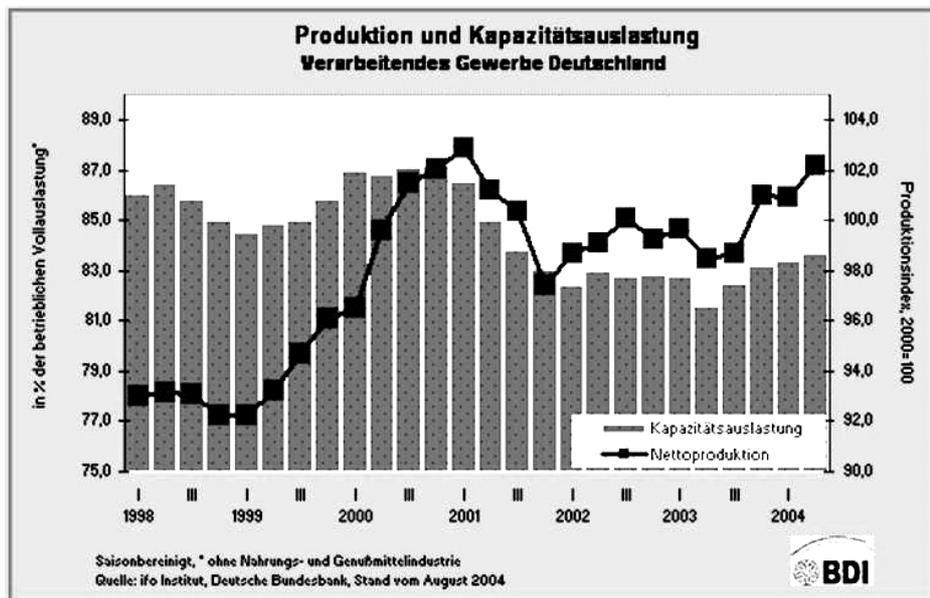
5 Der Blick auf die Landkarte

Wie umreißt die Agenda 2010 nun die „Probleme des Landes“? Die Agenda folgt den Vorstellungen einer angebotsorientierten Logik in Richtung Steuerreform, um die Beschäftigten und die Unternehmen zu entlasten und dadurch Wachstum anzustoßen. (Bundesregie-

2 Alle, die sich in die gleiche Richtung bewegen, werden von diesem Koordinatensystem von „Selbstverständlichkeiten“ (Schmidt 2003, S. 37) getragen. Die operative Fiktion eines gemeinsamen Wissens löst das „Dilemma der Unvereinbarkeit von kognitiver Autonomie unterscheidungssetzender Systeme“. (Schmidt 2003, S. 35)

rung 2005d) Dass von der Steuerreform vor allem die hohen Einkommen profitieren, wurde bereits vielfach moniert. Die Effekte des Vorziehens der dritten Stufe der Steuerreform auf 2004 sollten nach Berechnungen des DIW recht asymmetrische Effekte nach sich ziehen: "Entlastet werden vor allem die Steuerpflichtigen mit höheren Einkommen: Auf die Steuerpflichtigen mit Einkünften bis 50.000 Euro - das sind 81 % der Steuerpflichtigen - entfallen lediglich 32 % des Entlastungsvolumens". (DIW 2003)

Zudem wurden mehrfach begründete Zweifel laut, ob dem Faktor Steuern für neue, arbeitsplatzschaffende Investitionen das ihm zugesprochene Gewicht überhaupt zukommt. Zweifel kommen schon allein deshalb auf, wenn man die Wachstumsentwicklung in den letzten 4 Jahren beobachtet: Dort zeigt sich nicht nur das bekannte Jobless-Growth-Phänomen, sondern auch, dass das Wachstum der Industrieproduktion mit ansteigendem Netto-Output stets mit einer Maschinenauslastung von knapp über 80 Prozent gefahren wird. Dazu eine unverdächtige Illustration seitens des BDI (BDI 2005):

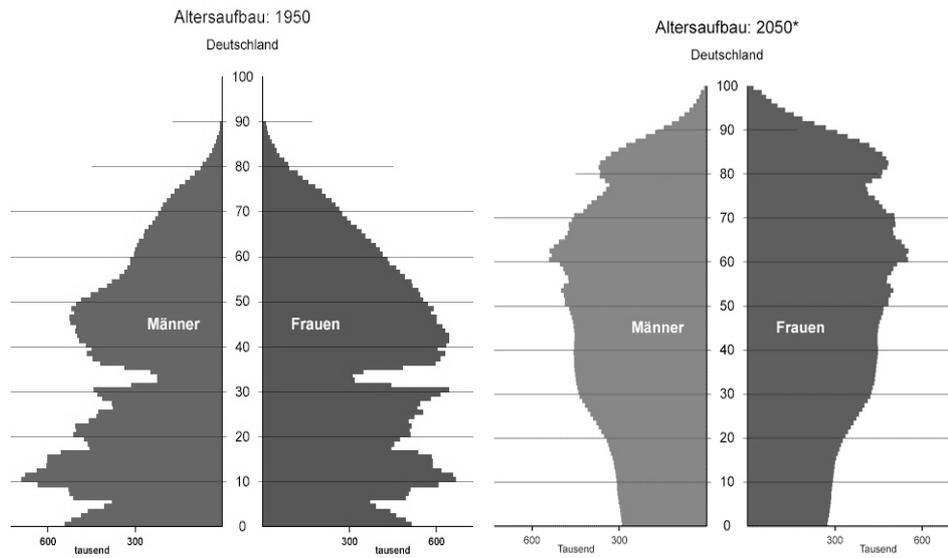


Umgekehrt formuliert, bestehen bei bereits 20 Prozent Überkapazität kaum Gründe für weitere Expansionsinvestitionen. Daher liegt es aus der Sicht der Unternehmen vielmehr nahe, liquide Kapitalüberhänge vorwiegend am Finanzmarkt zu platzieren oder zum Kauf von anderen Firmen (am besten Konkurrenten) zu nutzen und so die eigene Marktposition durch Know-How-Übernahme und Marktberreinigung zu stärken. Ob dieses Nullsummenspiel dann noch Wachstum erzeugt, ist allerdings die Frage. Neue Investitionen oder gar zusätzliche Arbeitsplätze mit Steuersenkungen zu provozieren, ist so kaum zu erwarten.

Neben dem Argument der zu hohen Steuerbelastung mobilisiert die Agenda ein inzwischen sehr populäres Argument zum Sozialabbau; und das ist das Argument der ‚Gefahren durch die demographische Entwicklung‘. Die Alarmmeldung im Cockpit der Agen-

da lautet: „Der Sozialstaat ist auf die demographischen Veränderungen unserer Gesellschaft nicht genügend eingerichtet: Immer mehr älteren Menschen stehen immer weniger Kinder gegenüber.“ (Bundesregierung 2005e; s. die Alterspyramiden)

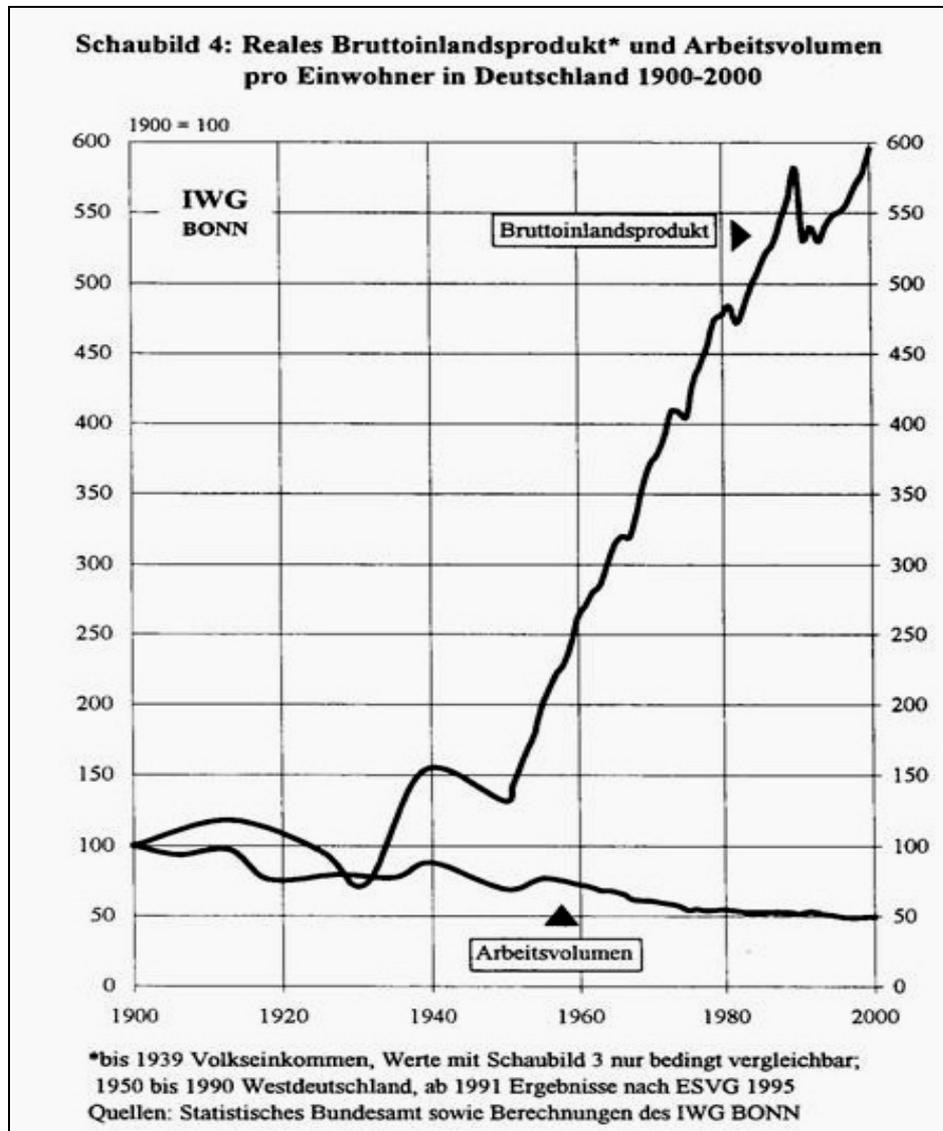
Die Alterspyramiden 1950 - 2050



(Statistisches Bundesamt 2005a + Statistisches Bundesamt 2005b)

Doch wie steht es um die Stichhaltigkeit dieses Vergreisungsarguments? Die gegenwärtige Transformation ist geprägt von den geburtenstarken Jahrgängen der 1950er und 60er Jahre. Doch bereits seit 100 Jahren sinkt die Geburtenrate von 4-5 Kinder zu Anfang des Jahrhunderts auf nunmehr 1-2 Kinder im Durchschnitt ab. Die Halbierung der Geburtenrate und die gleichzeitige Zunahme des Anteils einer älter werdenden Bevölkerung sind in diesen 100 Jahren einhergegangen mit einer gesteigerten Produktivität und einem gesteigerten Pro-Kopf-Einkommen. Beide Phänomene können daher durchaus als Ausdruck stets gewachsenen gesellschaftlichen Reichtums gedeutet werden, der trotz konjunktureller Krisen zustande kam und vermutlich auch in Zukunft produziert wird. Während sich das Arbeitsvolumen halbierte, stieg das BIP um 600 Prozent.

(siehe hierzu die Grafik auf der folgenden Seite).

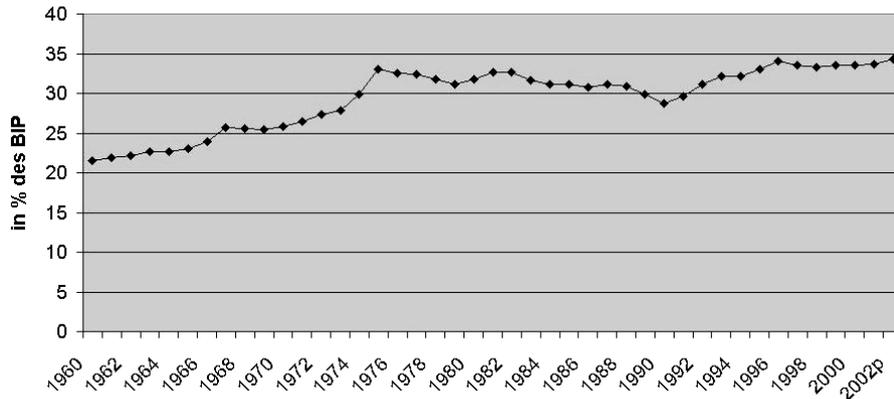


(Miegel/Wahl 2002, S. 46)

Was in der Diskussion um die demographische Entwicklung außerdem immer wieder gerne unterschlagen wird, ist der Blick auf die Entwicklung des Anteils der steigenden Sozialkosten am BIP. Solange das BIP steigt, lässt sich der Wohlstand auch in Form von Sozialleistungen finanzieren, ohne dass es zu fundamentalen Systemstörungen kommt.

Summe aus Sozialleistungen und Beiträgen des Staates

(Materialband zum Sozialbudget 2001 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung)



(Eigene Grafik: Sozialkosten-Anteil am BIP; Datenbasis: (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2002, Tabelle I-1)

Wie sich die Verschiebung der Proportionen von Jung und Alt in Zukunft auswirken wird, ist in erster Linie umstritten, da immer mehr junge Erwerbsfähige ihr Interesse an bezahlter Lohnarbeit unter den gegebenen Bedingungen nicht realisieren können.

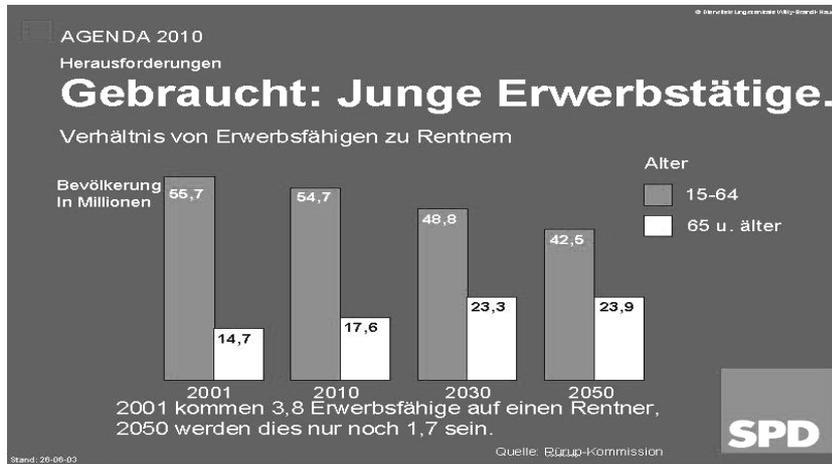
6 Die Rentner auf der Marterstrecke

Folgt man den Zahlen der Prognosen, die für die Agenda 2010 die entscheidenden Grundlagen liefern, wird ein reines Horrorszenario vorgeführt, in dem eine Fortschreibung der Rentenpolitik als undenkbare Perspektive aufgezeichnet wird.

Dazu zwei alle Gegenargumente erschlagende SPD-Grafiken: Die Renten – zwei Drittel der Bundesausgaben (SPD 2003, Folie 7):



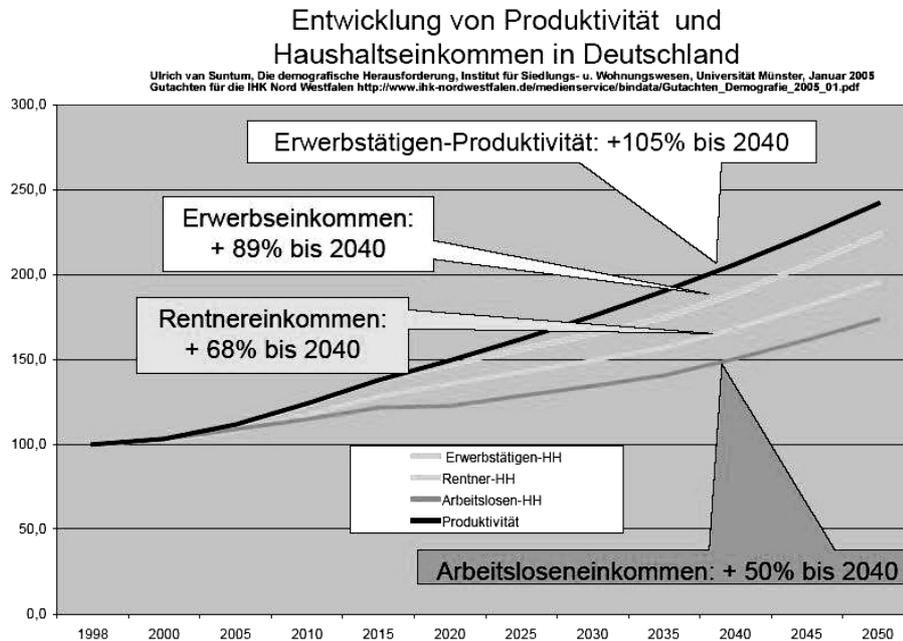
Und zum Verhältnis Alte – Junge (SPD 2003, Folie 6):



Das immer wieder zitierte Kernargument, der Sozialstaat sei aufgrund der unvermeidlichen Vergreisung der Gesellschaft in Zukunft nicht mehr finanzierbar, soll die Bereitschaft wecken, aus Angst vor der unsicheren Zukunft neue Versicherungsprodukte am Markt platzieren zu können. Der bekannte Lösungsvorschlag der Regierung und der Opposition ist die Kombination einer steuerfinanzierten staatlichen Rente für die Grundversorgung auf Minimalniveau und einer privaten Rente z.B. nach dem Riester-Modell. Nicht mehr allein der Staat soll in Zukunft das Risiko tragen, sondern mehr und mehr auch das Individuum als Kunde von Versicherungsgesellschaften. Wie deren Risiken aussehen, lässt sich mit einem Blick auf die Entwicklung der Aktienmärkte verdeutlichen (Comdirect 2005): In 18 Monaten wurden auf dem Kapitalmarkt 600 Mrd. Euro vernichtet, was ca. drei kompletten Renten Haushalten entspricht.

Die Horrorfahrt in die Zukunft kommt jedoch voraussichtlich gar nicht so heftig ins Schleudern wie prophezeit, denn das Szenario der SPD blendet den Zusammenhang der Produktivitäts- und Einkommensentwicklung völlig aus, wenn nur auf die Zusammensetzung der Altersstaffelung geachtet wird. In Variation einer PROGNOSE-Studie legt Ulrich van Suntum, der auch für die neoliberal ausgerichtete Bertelsmannstiftung den sog. Standortcheck durchführt, eine eigene Studie vor, die die Probleme mit der Rentenfinanzierung mit dem entscheidenden Argument des stets steigenden Produktivitätszuwachses relativiert.

Die Studie geht aus von einem durchschnittlichen Produktivitätszuwachs von 1,6 % pro Jahr. Dargestellt sind reale Zuwächse, also nicht um die Inflationswerte bereinigte Zahlen. Danach „wird sich die Produktivität der Erwerbstätigenhaushalte bis 2040 im Durchschnitt gegenüber 1998 mehr als verdoppeln, was neben dem Anstieg der Stundenproduktivität auch auf steigende Arbeitszeiten zurückzuführen ist. Der Lebensstandard der Erwerbstätigenhaushalte wird sich wegen steigender Abgabenlasten nicht so stark erhöhen, aber immerhin noch um 90 % gegenüber 1998 zunehmen. Demgegenüber fällt der Real-einkommensanstieg der Nicht-Erwerbstätigenhaushalte und der Arbeitslosenhaushalte mit knapp 70% bzw. rd. 50% deutlich geringer aus.“ (Suntum 2005, S. 21; s. Grafik auf der folgenden Seite)



Kurzum: Die drei Haushaltgruppen nehmen nach dieser Prognose mit 1,5 %, 1,2 % bzw. 1 % am Produktivitätswachstum teil. Die Horrorprognose blendet jedoch drei Faktoren aus:

- die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 60 Jahre,
- die Einsparungen durch die ca. 30 % weniger Kinder und Jugendliche,
- den Abbau der Arbeitslosigkeit.

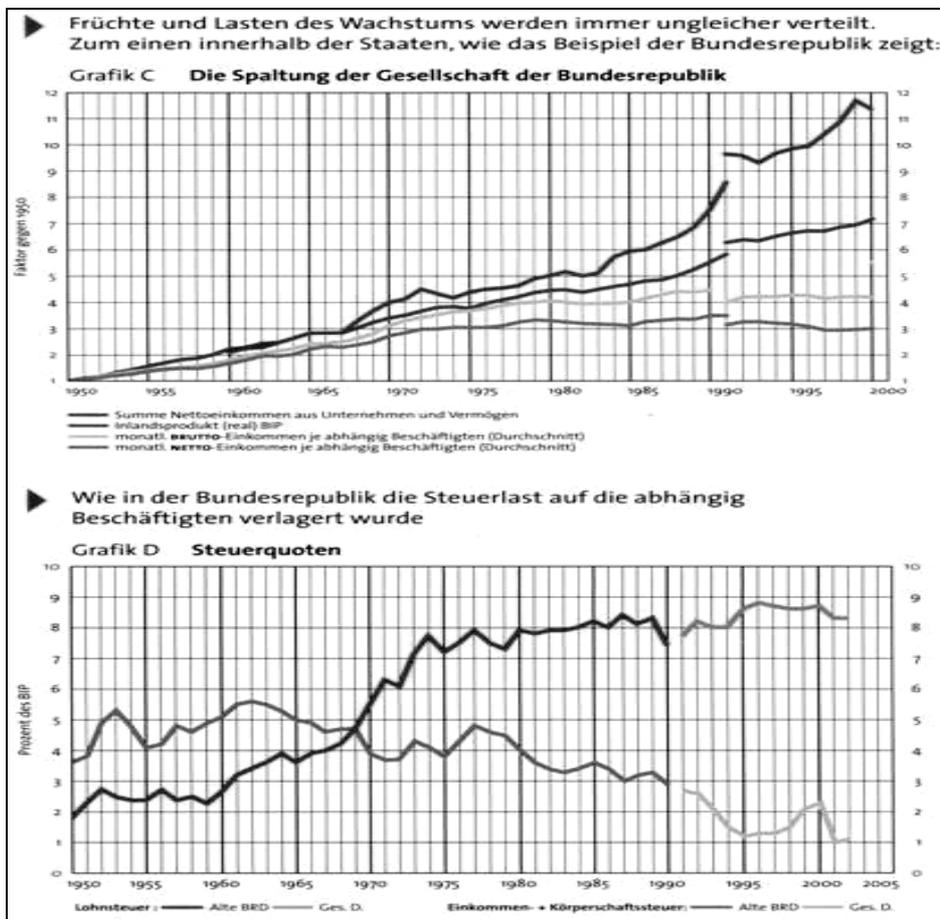
Gegenüber den Darstellungen der Agenda 2010 spricht der Statistiker Gerd Bosbach deshalb den naheliegenden Verdacht aus, dass die abhängig Beschäftigten tendenziell von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelt werden, womit die Rentendebatte zu einem Teil des Umschichtungsprozesses zugunsten der Kapitaleseite würde. (Bosbach 2004) Faktisch hat das Statistische Bundesamt die deutliche Auswirkung des Altenquotienten nur für die Jahre nach 2020 berechnet: Bis 2010 steigt dieser wenig, bis 2020 moderat. Wie bei den Renten, stärkt die Agenda auch mit der Arbeitsmarktreform die Kapitaleseite.

7 Wer macht das Rennen?

In ihrem Duktus ordnet sich die Agenda 2010 den Grundprämissen neoklassischer Wirtschaftstheorien zu, die mehr Beschäftigung durch niedrigere Löhne und Steuerentlastungen versprechen. Die Senkung der Lohnnebenkosten, mit denen in der Hauptsache neben den Renten auch die Kosten der Arbeitslosigkeit bestritten werden, gehört zu den Kernabsichten gegenwärtiger Umstrukturierungen.

Gemessen am gesteigerten Produktivitätszuwachs konnten die Beschäftigten seit längerer Zeit relevante Tariflohnerhöhungen auf dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit und den dadurch geschwächten Gewerkschaften nicht durchsetzen (s. Grafik auf der nächsten Seite). Zahlreiche Öffnungsklauseln mit abgesenkten Haustarifverträgen, z. T. durch sog. „Bündnisse für Arbeit“ zur Beschäftigungssicherung eingebunden, flankierten ein relativ niedriges Effektiv-Lohnniveau in Deutschland.

Eines der Hauptargumente der Agenda ist, die Arbeit sei in Deutschland mit seinen hohen Lohnnebenkosten zu teuer: Wäre die Arbeit billiger, kämen die Investitionen in Gang, da man somit in einen neuen Preiskampf einsteigen könne. Daher wurde die paritätische Finanzierung der Lohnnebenkosten durch Unternehmen und Arbeitnehmer in mehreren Schritten bei den Renten und im Gesundheitswesen zuungunsten der Beschäftigten geschmälert. Dies geschah, obwohl im internationalen Vergleich die Sozialbeiträge in Deutschland keineswegs überaus hoch liegen; auch die Arbeitgeberanteile liegen bspw. in Schweden, Belgien und Frankreich höher als in Deutschland. (ver.di 2003, S. 11)



(Afheldt 2005, o. S., lose Blatteinlage)

Während die Arbeitslosigkeit steigt, sinkt der Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttoinlandsprodukt. Damit steigen die Beiträge jedes einzelnen Beschäftigten. Aus diesem reduzierten Anteil am BIP sind die Aufwendungen für die Sozialversicherung zu finanzieren. Stamme jedoch die Finanzierung der Wiedervereinigung aus Steuermitteln, könnten die Sozialbeiträge um drei Prozent gesenkt werden (ver.di 2005).³

8 Die Navigationshilfe mit den üblichen Verdächtigen

Wie erklärt man das Sozialsystem, das eigens zum Schutz vor sozialem Abstieg erfunden wurde und das gerade mit diesem Alleinstellungsmerkmal angepriesen wurde, zur Ursache eigentlichen des Niedergangs? Nicht das auf expansive Akkumulation ausgerichtete ökonomische System mit seinem Recht auf private Besitzstandsmehrung sei die Ursache, sondern das vorbildliche Hilfesystem selbst. Daher wurden mit *Florida-Rolf* und *Viagra-Kalle* als Navigationshilfe neue Trassen freigeschlagen: Angetrieben von der sog. Missbrauchsdebatte von Sozialleistungen, den hinlänglich abgewetzten Reden vom Freizeitpark Deutschland und dem sich Ausruhen auf Kosten der Gemeinschaft, wurde ein offensiver Diskurs um Kosten, individuelle Verantwortung und Zumutbarkeitsdefinitionen und damit für Hartz IV angestoßen.

Nun hat jeder arbeitslose Antragssteller in einer Atmosphäre des Generalverdachts seine Vermögens- und Lebensverhältnisse vollständig offenzulegen. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn die Agentur für Arbeit ihre Klienten nun einem ‚Profiling‘ aussetzt. Deswegen Begriffsgeschichte greift auf forensische Praktiken einer systematischen Erzeugung von Täterprofilen im Bereich von Schwerstkriminalität zurück. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, wenn die Bertelsmann-Stiftung dazu passend empfiehlt, der Casemanager solle für die Arbeitslosen „teacher, preacher, friend und cop“ sein (Bertelsmann Stiftung 2002, S. 17). Nach dem Prinzip des pars pro toto wurde der Öffentlichkeit der Arbeitslose immer wieder als überteuert und unproduktiver Anspruchsteller präsentiert, der ein arbeitsentwöhnter, verhaltensgestörter Außenseiter ohne geregelten Tagesablauf sei. (Spindler 2005, S. 50)

9 Kontrolle und Konsensproduktion mit Wegfahrsperr

In diesem Klima konnte die bisherige Arbeitslosenhilfe kurzerhand abgeschafft und durch das sog. Arbeitslosengeld II ersetzt werden, mit dem Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf ein Niveau zusammengelegt wurden. Der Staat wird so mit Hartz IV mittelfristig seine Ausgaben für Hilfebedürftige reduzieren, doch die Hilfeempfänger werden verarmen. Die von den ARGE eingeschalteten Maßnahmeträger übernehmen nun neuerdings explizit hoheitliche Aufgaben. Diese sehen auch die Möglichkeit der Kürzung des Existenzminimums ohne weiteren Verwaltungsakt vor. (Spindler 1999, S. 170f.) Die disziplinierende Wirkung dieser Verarmung wird sich nicht nur negativ auf die Arbeitslosen selbst auswirken, sondern ebenso auf die Beschäftigten, von denen weitere Lohnkürzungen verlangt

3 „Durch das Verlagern von Teilen der finanziellen Vereinigungsfolgen in den Bereich der Sozialversicherung wurde das System der solidarischen Absicherung über Gebühr beansprucht und damit in Misskredit gebracht.“ (DIW 1997, S. 729)

werden. Selbst in Westdeutschland arbeiten ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten bereits im Niedriglohnssektor. (Schäfer 2003)

Der Bezug der Leistung ALG II auf der Basis eines sog. Eingliederungsvertrags lässt den Arbeitslosen kaum eine Wahl. Sie haben ihre Arbeitskraft zu jedweder Marktbedingung zur Verfügung zu stellen. Die Propagierung sog. gemeinnütziger Arbeit, in der die herkömmlichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen ausgeschaltet sind, läuft auf ein Workfare-Modell hinaus, das sich nach dem biblischen Motto richtet: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ (2. Thess. 3, 10). Damit hat das Programm der repressiven Inklusion den passenden Claim gefunden.

Dies alles soll uns nicht überraschen, denn: Das Gesicht des Staates der repressiven Inklusion kündigte sich seinem Wähler auf freundliche, aber bestimmte Weise an. Es hält sozusagen einen Parkplatz der besonderen Art parat, wie ein nicht ganz unironisches Plakat aus dem SPD-Bundestwahlkampf von 1998 – eine herbstlich gerahmte Parkbank unter der Überschrift 'Es gibt viele schöne Plätze in Deutschland. Die schönsten sind für Arbeitsplätze.' – zeigte.

10 Resümee der Tour d'horizon:

Heißt es nun am Schluss: Adieu Modell Deutschland – und Punkt? Noch ist nicht ausgemacht, ob die *Strategie der Spannung* das Chassis des Volkswagens aus der Spur laufen lässt.

Die Brems Spuren sozialer Kürzungen sind vielleicht nur der Vorgeschmack auf die Marterstrecke, die noch zu erwarten ist ... Die Agenda 2010 verspricht jedenfalls denen, die zu den Clustern „diversifizierter Qualitätsarbeit“ (Abelshauser 2003) gehören, eine Fortschreibung des Wohlstandsmodells, sozusagen: FORD-Fahren und besser ankommen – wenn auch auf leicht abgesenktem Niveau für enge Kurvenfahrten. Für diejenigen aber, die der Markt derzeit nicht verwerten kann, zeigt die Tankanzeige im Moment Rot und es heißt: Bon Jour Tristesse.

Doch weil es für die Mitglieder des produktiven Kerns weiterhin das ‚Urlaubsgeld von PEUGEOT‘ gibt, hoffen diese – statt auf ein Adieu – auf ein Au Revoir Modell Deutschland.

Literatur

- Abelshauser, Werner, 2003: Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung. Berlin
- Afheldt, Horst, 2005: Wirtschaft, die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft. München
- BDI, 2005: Produktion und Kapazitätsauslastung. Berlin, www.bdi-online.de/img/Zahlen-Fakten-Neu-Deutsch/pro_2.gif (Stand: 20.5.2005)
- Bertelsmann Stiftung u.a. (Hg.), 2002: Handbuch Beratung und Integration. Fördern und Fordern – Eingliederungsstrategien in der Beschäftigungsförderung. Gütersloh
- Priddat, Birger P., 2002: Zivilisierungsfortschritte: Demokratisierung der Wissensgesellschaft und professioneller Staat. Erste Skizzen zur Konzeption eines „virtuellen Staates“. In: Gut zu Wissen – Links zur Wissensgesellschaft, Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.),

- Münster, www.wissensgesellschaft.org/themen/demokratie/zivilisation.pdf (Stand: 15.5.2005)
- Blair, Tony; Schröder, Gerhard, 1999: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair: In: Perspektive 21. SPD-Landesverband Brandenburg (Hg.), Potsdam, S. 27-32.
- Bosbach, Gerd, 2004: Demografische Entwicklung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 2, S. 96-103
- Brückner, Peter; Agnoli, Johannes, 1990: Die Transformation der Demokratie. In: Dies. Die Transformation der Demokratie und andere Schriften, Freiburg i.Br., S. 12-106
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), 2002: Materialband zum Sozialbudget 2001 (Internetfassung)
- Bundesregierung, 2005a: Agenda 2010 – Innovation und Wachstum, www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/-,9757/Agenda-2010.htm (Stand 21.4.05)
- Bundesregierung, 2005b: Vorfahrt für mehr Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland, www.bundesregierung.de/dokumente/-,413.816701/PureHtml/dokument.htm (Stand 12.5.05).
- Bundesregierung, 2005c: Deutschland bewegt sich, www.bundesregierung.de/Publicationen-Fotos/Broschueren-bestellen-,11648.820032/bestellservice/agenda-2010-Deutschland-bewegt.htm (Stand 15.5.05)
- Bundesregierung, 2005d: Antworten auf die wichtigsten Fragen zur Agenda 2010, <http://www.bundesregierung.de/artikel-,413.693207/Antworten-auf-die-wichtigsten-.htm> (Stand 16.05.2005)
- Bundesregierung, 2005e: Grundideen der Agenda 2010, www.bundesregierung.de/artikel-,413.710041/Grundideen-der-Agenda-2010.htm (Stand: 19.5.05)
- Comdirect Bank Aktiengesellschaft, 2005: DAX-Index-Chart (2000-2005), isht.comdirect.de/common/images/kartei/5jahre_on.gif (Stand: 15.5.05)
- DIW, 1997: Vereinigungsfolgen belasten Sozialversicherung. Wochenbericht des DIW Berlin 40/97. Berlin.
- DIW, 2003: Wochenbericht des DIW Berlin 27-28/03. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2003/2004 , 4. Wirtschaftspolitik, Arbeitskreis Konjunktur; bearb. v. Gustav A. Horn. Berlin, www.diw.de/deutsch/publikationen/wochenberichte/docs/03-27-4.html (Stand: 15.5.05)
- Eigene Grafik: Sozialkosten-Anteil am BIP [bip_sozkostenanteil1960-2001.png](#) Datenbasis: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2002, Tabelle I-1
- Esping-Andersen, Göda, 2004: Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat. In: Zeitschrift für Sozialreform, 50. Jg., S. 189-210.
- FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, 2005: Arbeit hat Vorfahrt. Plakat zum Landtagswahlkampf. Düsseldorf.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe vom 30.6.2004
- Köhler, Horst, 2005: Rede von Bundespräsident Horst Köhler beim Arbeitgeberforum "Wirtschaft und Gesellschaft" in Berlin am 15.03.2005, www.bundespraesident.de/-,2.622835/Rede-von-Bundespraesident-Hors.htm (Stand: 15.5.2005)
- Link, Jürgen, 1997: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen
- Luhmann, Niklas, 2000: Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt/M.

- Miegel, Meinhard/Wahl, Stefanie, 2002: Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit. Probleme und Perspektiven. München
- Müntefering, Franz, 2005: SPD ist die Schutzmacht der anständigen Arbeitnehmer und Unternehmer. Kopie verfügbar unter: <http://217.160.138.148/contentmanagement/www.spd-dortmund.de/index.php?id=2050> (Stand 13.5.05)
- Okun, Arthur M., 1975: Equality vs. Efficiency: The Big Trade-Off. Washington
- Schäfer, Claus, 2003: Ein Drittel der westdeutschen Vollzeitbeschäftigten arbeitet im Niedriglohnssektor. Pressemitteilung des WSI. Düsseldorf, www.boeckler.de/rde/xchg/SID-3D0AB75F-20F58334/hbs/hs.xml/512_29179.html (Stand 19.5.05).
- Schmidt, Siegfried J., 2003: Geschichten & Diskurse. Reinbek bei Hamburg
- Schröder, Gerhard, 2003a: Mut zum Frieden - Mut zur Veränderung. Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März 2003, www.bundesregierung.de/regierungserklaerung-,413.803473/Regierungserklaerung-von-Bunde.htm (Stand 29.4.05)
- Schröder, Gerhard, 2003b: Rede des SPD-Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD am 1. Juni 2003. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Parteivorstand (Hg.), Mitteilung für die Presse, Berlin
- Schröder, Gerhard, 2003c: "Deutschland bewegt sich - Mehr Dynamik für Wachstum und Beschäftigung", Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 3. Juli 2003, www.bundesregierung.de/-,413.497984/regierungserklaerung/Deutschland-bewegt-sich-Mehr-D.htm (Stand 10.5.2005)
- Schröder, Gerhard, 2005: Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 17. März 2005 „Aus Verantwortung für unser Land: Deutschlands Kräfte stärken“, <http://www.bundesregierung.de/regierungserklaerung-,413.803473/Regierungserklaerung-von-Bunde.htm> (Stand 21.4.05)
- Schuhler, Conrad, 2003: Die Demontage des Sozialstaats. In: isw-report 54. München
- SPD, 1998: Es gibt viele schöne Plätze in Deutschland. Wahlplakat zur Bundestagswahl. Berlin.
- SPD, 2003: Mut zur Veränderung. Die AGENDA 2010. Powerpointpräsentation der Dienstleistungszentrale Willy-Brandt-Haus. Berlin, www.netzwerk-politischebildung.de/download/presentation_agenda_2010.ppt (Stand 20.5.2005)
- SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, 2005a: Klarer Kurs für Arbeit und Zusammenhalt. Plakat zum Landtagswahlkampf. Düsseldorf.
- SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, 2005b: Arbeitsplätze verspreche ich nicht. Plakat zum Landtagswahlkampf. Düsseldorf
- Spindler, Helga, 1999: Hilfe zur Arbeit, Existenzsicherung und Arbeitnehmerrechte. In: Info also H.4, S. 170-178
- Spindler, Helga, 2005: Umbau des Sozialstaats durch neue Steuerungselemente und Hartz IV. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, H.1, S. 50-62
- Statistisches Bundesamt, 2005a: Altersaufbau 1950. Wiesbaden, www.destatis.de/grafik/d/bevoe/pyr_1950.gif
- Statistisches Bundesamt 2005b: Altersaufbau 2050. Wiesbaden, www.destatis.de/grafik/d/bevoe/pyr_2050.gif
- Süddeutsche Zeitung, Ausgabe vom 14./15.5.2005
- Suntum, Ulrich van, 2005: Die demografische Herausforderung. Institut für Siedlungs- u. Wohnungswesen, Universität Münster (Januar 2005). Gutachten für die IHK Nord

- Westfalen, www.ihk-nordwestfalen.de/medienservice/bindata/Gutachten_Demografie_2005_01.pdf (Stand: 15.5.2005)
- ver.di, 2003: Lohnnebenkosten senken? Bundesvorstand Berlin - Bereich Wirtschaftspolitik (Hg.) (April 2003), Berlin
- ver.di, 2005: Mythos „Lohnnebenkosten“. Bundesvorstand Berlin - Bereich Wirtschaftspolitik (Hg.), Wirtschaftspolitische Informationen 1/2005 (Februar 2005), www.wipo.verdi.de (Stand: 18.5.2005)
- Zizek, Slavoj, 2001: Die Tücke des Subjekts. Frankfurt/M.

Dr. Hans Hubbertz
 Industrie- und Sozialpfarramt
 Limperstr. 15
 D-45657 Recklinghausen
 Tel.: +49 2361 206-109)
 eMail: hh@re-code.de

Hans Hubbertz, Dr. phil., geb. 1960, Studium der Ev. Theologie und Sozialwissenschaften, Industrie- und Sozialpfarrer im Kirchenkreis Recklinghausen. Veröffentlichungen (u. a.): Last und Lust. Das Bewegen von Gewicht oder die gesellschaftliche Ambivalenz von Arbeit. Soziale Psychiatrie 2/2005, S. 4-8; „Arm sein ist geil!“ Eine Werbekampagne einmal anders aufgenommen. Organisationshandbuch Kirche und Gemeinde, August 2004/4; 5-4.3. Aachen, S. 71-88; Gruppenarbeit und Unternehmenskultur. Eine systemtheoretische Fallstudie zum Bochumer Werk der Adam Opel AG. München und Mering 2000. Arbeitsschwerpunkte: Erwachsenenbildung, Projekt- und Kampagnenarbeit, Kommunikationstheorie, Theologie, Sozialphilosophie.



Auf der Website: www.re-code.de stehen die hier verwendeten Abbildungen zum download als tiff- bzw. jpeg-Grafiken bereit: www.re-code.de/index_html/bdsfolien1.zip/file_view; www.re-code.de/index_html/bdsfolienjpeg/file_view.